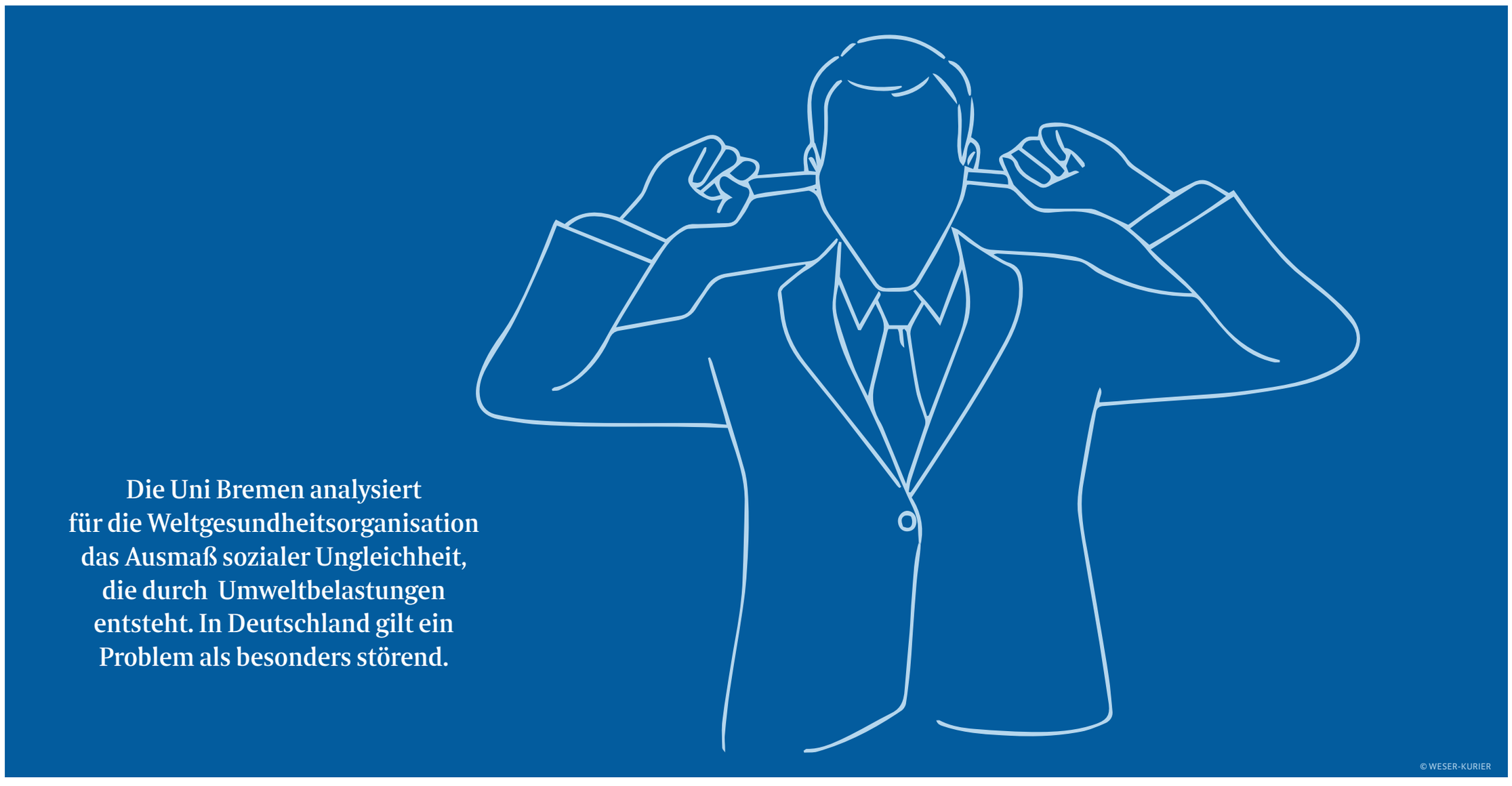

Die Uni Bremen analysiert für die Weltgesundheitsorganisation das Ausmaß sozialer Ungleichheit, die durch Umweltbelastungen entsteht. In Deutschland gilt ein Problem als besonders störend.

© WESER-KURIER

„Die Belastungen häufen sich“

FOTO: PRIVAT

Gabriele Bolte forscht am Instiut für Public Health und Pflegeforschung der Universität Bremen, kurz IPP. Die Professorin leitet die Abteilung für Sozialepidemiologie.

Das Institut für Public Health und Pflegeforschung der Universität Bremen (IPP) ist erneut Kooperationszentrum der Weltgesundheitsorganisation, kurz WHO. Was bedeutet das?

Gabriele Bolte: Das bedeutet, dass wir die Arbeit der Weltgesundheitsorganisation zu einer bestimmten Thematik unterstützen. Die Zusammenarbeit basiert darauf, dass wir eine spezifische Expertise haben, in unserem Fall zu sozialen Ungleichheiten bei Umwelt und Gesundheit. In einem Arbeitsbereich analysieren wir immer wieder die neuesten Daten in Europa zur Aufdeckung sozialer Ungleichheiten bei Umweltbelastungen, die gesundheitsrelevant sind. Wir vergleichen räumliche Ungleichheiten in Europa und betrachten Trends über die Zeit.

Was ist dabei das Ziel?

Das Ziel dieses Monitoring ist, dass die WHO die Politik in den jeweiligen Ländern beraten und natürlich auch aufzeigen kann, dass es das Problem in diesen Ländern gibt. Bei Interventionen zur Verringerung von Umweltbelastungen ist darauf zu achten, dass eine Verbesserung der Umweltsituation nicht auf Kosten bestimmter sozialer Gruppen erfolgt, die soziale Schere nicht weiter auseinandergeht. In unserem zweiten Arbeitsbereich geht es um Methodenentwicklung: Wie kann man abschätzen, welcher Anteil der sozialen Unterschiede bei der Gesundheit auf soziale Unterschiede bei der Exposition, also dem Ausgesetztsein gegenüber Umweltbelastungen, und bei der unterschiedlichen Empfindlichkeit für die gesundheitlichen Wirkungen von Umweltbelastungen zurückzuführen ist?

Faktenblätter zur Ungleichheit

Die vom IPP für die Weltgesundheitsorganisation erstellten Faktenblätter zeigen für Europa das Ausmaß sozialer Ungleichheiten bei einzelnen Umweltbelastungen wie Wohnverhältnisse oder den Zugang zu Grundversorgung wie sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung. Die Faktenblätter sind differenziert nach Sozialindikatoren wie dem Einkommen, vergleichen Länder miteinander und zeigen zeitliche Trends auf.

Wie erklärt sich eine unterschiedliche Empfindlichkeit bei gleicher Exposition?

Sozial benachteiligte Menschen sind oft verschiedenen negativen Einflussfaktoren ausgesetzt, gleichzeitig oder über ihr Leben hinweg. Die Belastungen häufen sich, dadurch reagieren die Menschen empfindlicher. Mehrfachbelastungen und Vorerkrankungen tragen dazu bei, dass es bei akuter Belastung zu stärkeren Auswirkungen auf die Gesundheit kommt.

Was haben Sie beispielsweise festgestellt?

Wir konnten Daten von bis zu 53 Ländern der europäischen Region der WHO auswerten. Der Zugang zu sauberem Trinkwasser ist in einigen Ländern ein Problem. Es gibt deutliche Unterschiede zwischen dem ländlichen Raum und Städten und auch nach finanziellem Wohlstand der Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel in Georgien oder Tadschikistan. In Deutschland ist Zugang zu Trinkwasser insgesamt kein großes Problem. Aber auch hier gibt es soziale Unterschiede, beispielsweise obdachlose Menschen. Bei der Wohnqualität ist Feuchtigkeit in der Wohnung in Thema, sie kann sich über die Schimmelbildung auf die Gesundheit auswirken. Das ist in den meisten untersuchten Ländern eine Problematik, in Deutschland für rund zwölf Prozent der Menschen, in anderen Ländern für einen deutlich höheren Anteil. Und wir sehen für alle Länder, dass bei Menschen, die unter der Armutsrisikoschwelle leben, Feuchtigkeit in der Wohnung deutlich häufiger vorkommt.

Was ist in Deutschland ein wichtiges Thema?

Definitiv die Lärmbelastung. Nach Daten der Europäischen Union zu den Lebensbedingungen fühlen sich etwas über 20 Prozent der Befragten in Deutschland durch Lärm belästigt. Bei denjenigen, die unter der Armutsrisikoschwelle leben, fühlen sich gut 25 Prozent durch Lärm beeinträchtigt. Deutliche Unterschiede sehen wir auch bei Alleinerziehenden im Vergleich zu allen Haushalten. Es ist bekannt, dass in Deutschland Alleinerziehendenhaushalte häufiger in relativer Einkommensarmut leben. Für Maßnahmen gegen Lärmexposition ist es wichtig zu wissen, welche Gruppen stärker betroffen sind. Damit soziale Unterschiede nicht vergrößert werden.

Was sind das für Maßnahmen?

Kommunale Lärmaktionspläne auf Grundlage der EU-Umgebungslärmrichtlinie enthalten verschiedene Maßnahmen zur Lärmminderung. Das geht von Lärmschutzfenstern über Flüsterasphalt oder Tempo 30 in Städten bis zur Lenkung der Verkehrsströme und der Förderung von Rad- und Fußverkehr. Neben der Auseinandersetzung mit sozial ungleichen Verteilungen sind die Beteiligungschancen für alle an den Entscheidungsprozessen wichtig. Die Herausforderung ist dabei, die Beteiligung so zu gestalten, dass die besonders betroffenen Gruppen erreicht werden und nicht nur Gruppen ihre Interessen durchsetzen, die sich gut artikulieren können.

Was waren für Sie besonders alarmierende Erkenntnisse?

Dass dieser Aspekt der sozialen Ungleichheit bei den verschiedensten Umweltfaktoren relevant ist, das ist ein Muster, das sich durchzieht. Und wenn es über die Zeit Verbesserungen der Umweltsituation gibt, weil Maßnahmen umgesetzt werden, ist das nicht gleichzusetzen mit einer Verringerung der sozialen Unterschiede in der Belastung. Es ist wichtig, immer wieder mit neuen Daten zu zeigen: Wie entwickeln sich die sozialen Ungleichheiten weiter? Wir wollen zukünftig noch weitere Umweltfaktoren in den Blick nehmen und die höher belasteten Bevölkerungsgruppen genauer charakterisieren, um aufzuzeigen, wo genau die Problematik liegt.

Können Sie auch etwas zur Situation in unserer Region sagen?

Wir analysieren in anderen Projekten Daten auch viel kleinräumiger. Für Bremen planen wir das im Forschungscluster „Gesunde Stadt“. Mit vielen Kooperationspartnern in der Stadt möchten wir eine dauerhafte und fortlaufende Überwachung von Prozessen entwickeln. Bei diesem Monitoring geht es nicht nur um Umweltbelastungen, sondern auch um Zugang zu gesundheitsförderlichen Ressourcen, zum Beispiel zu öffentlichen Grünflächen.

Welche Themen beschäftigen Sie in der neuen Kooperationsperiode?

Wir sind sehr interessiert an der Thematik der Klimawandelfolgen, wie wir diese in unser Monitoring aufnehmen können unter dem Aspekt soziale Ungleichheiten. Es gibt schon Befunde, dass Klimawandelfolgen nicht alle Bevölkerungsgruppen gleich betreffen. Wir werden zudem die WHO unterstützen bei der Ausarbeitung von Weiterbildungsaktivitäten zu sozialen Ungleichheiten bei Umwelt und Gesundheit für Akteure aus Politik und Verwaltung aus den Ländern Europas.

Das Gespräch führte Björn Lohmann.

ANZEIGE